

## Kundgebung vor dem Kölner Rathaus: **Für Transparenz und gegen Korruption in Köln**

von Frank Möller

Rund 100 Teilnehmer des Bürgerbündnisses „Schluss mit Lustig: Köln kann auch anders!“ hatten sich am frühen Nachmittag des 30. Juni vor dem Kölner Rathaus eingefunden. Am Abend waren es dann noch einmal rund 200. Das Bündnis hatte sich in Folge der Archivkatastrophe vom 3. März 2009 gebildet. Anlass für die Demonstration: zum letzten Mal vor der Kommunalwahl tagte der Kölner Rat, der maßgebliche Mitverantwortung für das inzwischen miserable Image trägt, das die Domstadt heute bundesweit wie international auszeichnet und geschäftsschädigende Folgen zeitigt. Die Skandale um Müllverbrennung, Messebau, Kulturhauptstadtbewerbung, Archiveinsturz, Godorfer Hafenausbau, um undurchsichtige Beraterverträge und um die Besetzung von Spitzenpositionen in stadt-eigenen Betrieben nach Parteibuch statt nach Qualifikation haben die Stadt nachhaltig diskreditiert. Als verantwortungslos, bräsig und bürgerfern gelten Rat und Verwaltung deswegen vielen Kölnern schon lange. Eine Abstimmung mit Füßen Richtung Berlin ist gerade unter Kulturschaffenden eine der Folgen. Die kulturelle Trägerschicht der Stadt dünnt aus, ein untrügliches Zeichen dafür, dass Köln dabei ist, seine Standortvorteile gegenüber anderen Metropolen in Deutschland zu verspielen.

Der Protest vor dem Rathaus war lautstark. An einem überdimensionierten Ratsstuhl wurde symbolisch die Säge angelegt, ein Klügelbeutel geschwenkt, um die vorbeieilenden Ratsmitglieder zu Entschädigungsleistungen für unsinnig verprasste Steuergelder zu animieren (die Einnahmen lagen bei 25 Euro, jeder freie Musiker auf der Domplatte erzielt höhere Beträge); die Initiative gegen den Godorfer Hafen schwenkte rote Schilder mit Abbildungen der Sürther Aue und die Initiative „Natur, Bildung und Soziales“ verteilte Flugblätter zum gleichen Thema. Die Versammlung führte bei einigen der geschäftig herbeieilenden Mitgliedern des Rates zu hektischen Reaktionen. Mit versteinertem Gesicht huschte KVB-Vorständler Jürgen Fenske vorbei. Seite an Seite mit KVB-Vorstandschef Walter Reinartz hatte er noch unmittelbar nach der Archivkatastrophe voll selbstgerechter Empörung über die scheinbar anmaßenden Verdächtigungen alle Verantwortung abgestritten, die KVB und ihr Tunnelgebuddel könne irgendetwas mit dem Einsturz des Stadtarchivs und den verursachten Toten zu tun haben. Daran hat sich bis heute auch nichts geändert. Niemand hat Verantwortung übernommen, weder OB Schramma – er wurde heute nur von Ferne für einen kurzen Moment gesichtet – noch der KVB-Vorstand, noch der verantwortliche Baudezernent Streitberger. Und dass der Rat auf seiner letzten Sitzung vor der anstehenden Kommunalwahl das Thema Archiveinsturz nicht einmal mehr auf der Tagesordnung hatte, passt zu dem Bild: größtmöglicher Schaden führt in der Domstadt zu kollektivem Abtauchen und treibt weitere exotische Blüten beim Katastrophemanagement. So gibt es bis heute keine belastbaren Fakten, die einen rationalen politischen Entscheid über einen künftigen Archivstandort ermöglichen würden; bis heute gibt es keinen angemessenen Ort, an dem Archivnutzer mit den Rudimenten an Findbüchern und geretteten Archivalien arbeiten könnten; und die städtische Informationspolitik in Sachen Archiv ist die Katastrophe nach der Katastrophe: statt sachgerechter Informationen gibt es – assistiert durch die offensichtlich überforderte Archivleiterin – lediglich Beruhigungsspillen: 80 % der Archivalien seien geborgen. Doch was besagt das über das Ausmaß des Schadens? Das Vorgehen erinnert strukturell stark an den Umgang mit Bürgersorgen vor der Katastrophe – damals schickte die KVB ihre Placebo-Männchen zur Beruhigung von Anwohnern der Severinstraße los, wenn denen wachsende Risse in ihren Häusern zu denken gaben, heute versucht man den Bürgern weis zu machen, es sei alles nicht so schlimm gewesen, Bölls Nobelpreisurkunde sei schließlich gefunden, die Bücher Weinsberg ebenfalls und Köln

bekäme nun das modernste Archiv Europas. Ja, Köln ist Spitze – zumindest in Sachen Schönreden, Verdrängen und Mythenbildung.

Auch gegen diese Tendenz setzte die Demonstration einen kleinen Akzent. Am frühen Nachmittag und auch am Abend, an dem Frank Deja, Vorstand der Initiative „Schluss mit Lustig“, Helmut Feld (CDU) von der Initiative contra Erweiterung Godorfer Hafen und der Autor und Korruptionsexperte Werner Rügemer die zentralen Ansprachen hielten. Musikbeiträge von Jörg Schnabel und Ebasa (tatsächlich: ein Alphorn in Köln!) sorgten für gute Stimmung an einem lauen Sommerabend.

Der Kreis, der sich unter dem Imperativ „Schluss mit Lustig!“ zusammengefunden hat, meint es ernst und blickt nun unter dem neuen Motto „Köln kann auch anders“ in die Zukunft ([www.koelnkannauchanders.de](http://www.koelnkannauchanders.de)). Er fordert größtmögliche Transparenz bei allen Sach-, Personal- und Finanzentscheidungen des Rates, will künftig Politik- und Verwaltungsentscheidungen der Stadt einer kritischen Prüfung unterziehen und Verdachtsfällen nachgehen, hinter denen persönliche oder parteipolitische Vorteilsnahmen zu Lasten der Bürger zu vermuten sind. Dass in diesem Zusammenhang die Parole „Oppenheim und Esch – Raus aus dieser Stadt!“ auf der Kundgebung am lautesten zu hören war, kann da kaum verwundern.

Welche Zukunft wird das Bürgerbündnis „Köln Kann auch anders!“ haben? Zunächst mal ist es keine Einpunktbewegung, sondern – wenn man so will – eine Sanierungsinitiative zur Redemokratisierung der Verhältnisse in Rat und Verwaltung. Ihre Aktivitäten zielen auf eine Veränderung der politischen Kultur in Köln. Die erreicht man nicht mit Demonstrationen, zumindest nicht mit Demonstrationen allein. Demonstrationen stoßen nur an. Die Frage ist, ob sich relevante Meinungs- und Kulturträger sowie Vertreter der Kölner Unternehmerschaft für die Idee der politischen Sanierung Kölns gewinnen lassen und in einem auf Langfristigkeit angelegten Bürgerbündnis kooperationsbereit und -fähig sein werden.

Aber andersherum gefragt: Was wären die Alternativen? Weitermachen wie bisher? Dabei kann über die Dimension möglicher „Kollateralschäden“ nach der Archivkatastrophe und dem damit verbundenen Verlust an Menschenleben und an unersetzbarem Kulturgut kaum mehr ein Zweifel bestehen. Auf parteipolitische Änderungen nach der Wahl hoffen? Die werden nur wenig am Selbstverständnis von Rat und Verwaltung und an der politischen Praxis in Köln ändern. Auf einen neuen OB hoffen, dessen geistiger Horizont nach neun Jahren vielleicht weiter als durch die beiden Pole Geißbockheim und Karnevalssitzungssaal zu vermesen ist? Die beiden Kandidaten, die den Kölnern derzeit als OB-Hoffnungsträger präsentiert werden, mögen zwar die Zeichen der Zeit erkannt haben, dass man mit Anti-Klüngelparolen Stimmen einfahren kann; für die Millionenstadt Köln, für die selbsternannte Kultur- und Medienstadt Köln sind sie jedoch allenfalls zweite oder dritte Wahl – und das weiß oder ahnt zumindest auch jeder. Auch hier gilt: Auf einen OB, der nach Qualifikation und nicht mehr nach Parteibuch aufgestellt wird, werden die Kölner noch weitere Jahre warten müssen. Wenn aber der weiße Ritter fern und der Hofstaat mit sich selbst und seinen eigenen Vorteilen beschäftigt ist, kann sich das Volk nur noch selbst am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Ob es die Kraft und den politischen Willen dazu hat ... Wenn nicht jetzt, wann dann?

(30.6.2009)